

JU

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Grundsatzprogramm der Jungen Union Schleswig-Holstein



Präambel:	2
1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus der Mitte der Gesellschaft:	4
2. Arbeitswelt im Wandel	6
3. Bildungsgerechtigkeit als Chancengerechtigkeit	7
4. Kultur leben	9
5. Mit der Zeit gehen – Digitalisierung leben	10
6. Mit der sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft	11
7. Moderne Infrastruktur als Standortfaktor	13
8. Herzensangelegenheit - Generationengerechtigkeit	13
9. Generationenprojekt Energiewende – Schleswig-Holstein als Vorreiter	14
10. Die Bewahrung der Schöpfung – Natur, Klima und Umwelt für zukünftige Generationen erhalten	14
11. Zukunftsfähige Landwirtschaft erhalten	15
12. Starker Rechtsstaat als Grundlage der Freiheit	16
13. Integration als Voraussetzung zum Zusammenleben	17
14. Unsere Kommunen stärken	18
15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	19
16. Die Europäische Union als Basis für eine europäische Integration	20
17. Enge Zusammenarbeit auf bi- und multilateraler Ebene	20
18. Entwicklungshilfe als Partnerschaft	22

1 Grundsatzprogramm der Jungen Union Schleswig-Holstein:

2 Präambel:

3 Die Junge Union Schleswig-Holstein ist die Jugendorganisation der CDU. Wir sind Motor und
4 Gewissen unserer Mutterpartei. In unserer Arbeit ist es unser Ziel, stets eigenständig und
5 selbstbewusst zu sein. Dabei sind das christliche Wertefundament und unsere Verantwortung
6 vor Gott unser Kompass. Nach unserer inneren Überzeugung ist der Mensch ein freies Wesen
7 mit unantastbarer und unveräußerlicher Würde. Die Würde aller Menschen ist gleichwertig,
8 unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und
9 politischer Überzeugung, von Behinderung, sexueller Identität, Gesundheit und
10 Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Bei unseren
11 Entscheidungen lassen wir uns deshalb von dieser Einzigartigkeit des Einzelnen leiten und
12 eben Unterschiede nicht einfach ein.

13 Aufgrund unseres christlichen Menschenbildes sind wir als Jugendorganisation für jeden
14 offen, der unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen teilt. Dies gilt auch für Jene, die nicht
15 dem christlichen Glauben folgen. Aus diesem Menschenbild leiten sich unsere Grundwerte
16 Freiheit, Solidarität, Weltoffenheit, Eigenverantwortung und Patriotismus ab. Die sinnvolle
17 Gewichtung unserer Grundwerte untereinander ist unsere Aufgabe und Kern der politischen
18 Auseinandersetzung.

19 Da wir die Freiheit des Einzelnen als eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft ansehen,
20 gilt es, Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen genau auf ihre Notwendigkeit für die
21 gesamte Gesellschaft zu prüfen. Um Freiheit zu ermöglichen, ist Subsidiarität unerlässlich. Sie
22 lässt dem Einzelnen die größtmögliche Selbstbestimmung und den Staat nur da eingreifen, wo
23 der Einzelne machtlos ist bzw. wo die Freiheit zu gesellschaftlichen Verwerfungen führt.

24 Freiheit ist untrennbar mit Verantwortung verbunden. Aus diesem Grund setzt ein
25 harmonisches Zusammenleben von Mensch und Natur zwingend voraus, an die
26 Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zu appellieren und diese stetig zu fördern.

27 Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe. Es verlangt eine wechselseitige Verantwortung
28 füreinander. Die Gemeinschaft tritt für den Einzelnen ein, wo seine Kräfte überfordert sind.
29 Die solidarische Hilfe der Gemeinschaft soll auf Selbsthilfe und eigenverantwortliche
30 Lebensgestaltung abzielen.

31 Offenheit und Akzeptanz sind aus unserer Sicht essentiell für die politische Arbeit. Sie prägen
32 unsere Vorstellung von der deutschen Gesellschaft. Dabei gilt es, offen gegenüber anderen
33 Meinungen, neuen Problemstellungen und allen Menschen zu sein.

34 Wir bekennen uns deutlich zu unserer Heimat: in Schleswig-Holstein, seinen Kreisen,
35 Deutschland und in Europa. Heimat besteht aus Menschen, Orten und Werten, aktiv gelebt in
36 Traditionen. Im Bewusstsein dessen ergibt sich ein weltoffener und aufgeklärter Patriotismus,
37 der sich ganz klar vom Nationalismus abgrenzt.

38 Die Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland ist die freiheitlich-
39 demokratische Grundordnung, wie sie im Grundgesetz mit einer repräsentativen Demokratie
40 verankert ist. Der Rechtsstaat schützt die Freiheit des Einzelnen; dementsprechend ist es für
41 uns selbstverständlich, seinen Organen den Rücken zu stärken und sie gegen Feinde von innen
42 und außen zu verteidigen.

43 Historisches Bewusstsein spielt für uns stets eine Rolle im Denken und Handeln. Als
44 demokratische Jugendorganisation sehen wir es als eine unserer zentralen Aufgaben an, an
45 die Geschichte unseres Landes in all ihren Facetten zu erinnern und daraus für die Zukunft
46 entsprechende Lehren für unser politisches Handeln zu ziehen. Wir versuchen dabei, das
47 richtige Gleichgewicht zwischen unserem heutigen Wertefundament und unserer historischen
48 Verantwortung zu finden; Eine besondere Stellung hat deshalb für uns das jüdische Leben.
49 Dieses gilt es zu schützen und zu fördern.

50 Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln sowie
51 Belastungen auf die Stärkeren und Schwächeren angemessen zu verteilen. Weiterhin
52 bedeutet es für uns auch, jedem Bürger eine gerechte Chance zu bieten, ein Teil unserer
53 Gesellschaft zu sein und sich in diese einzubringen. Jeder hat es verdient, gemäß seinen
54 individuellen Stärken und Schwächen gefördert zu werden, damit er seinen individuellen Weg
55 zum Wohle der Gesamtgesellschaft gehen kann. Gleichwohl bekennen wir uns klar zum Prinzip
56 der Leistungsorientierung und Leistungsbereitschaft. Gerechtigkeit symbolisiert für uns auch,
57 nicht nur erste Chancen zu verteilen, sondern auch jedem, der Verantwortung für sein
58 Fehlverhalten übernimmt, zweite Chancen zu gewähren.

59 Um ein friedliches Miteinander von Menschen jeden Alters in unserer Gesellschaft zu
60 ermöglichen, sehen wir Generationsgerechtigkeit als zwingende Voraussetzung. Wir erwarten
61 von allen Generationen in jeglicher Hinsicht nachhaltig zu handeln.

62 Für uns bildet Konservatismus die Grundlage für Fortschritt. Durch gemachte Erfahrungen
63 können Entscheidungen für die Zukunft besser getroffen und abgewogen werden. Dabei ist
64 Fortschritt kein Selbstzweck. Er soll eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse
65 herbeiführen. Konservatismus bedeutet für uns, dessen Grundwerte zu erhalten und deren
66 Ausleben zeitgemäß weiterzudenken.

67 Gerade in schwierigen Zeiten wollen wir eine verlässliche Politik für die Menschen
68 gewährleisten. Nur so werden wir dem entgegengebrachten Vertrauen sowie unserer
69 Verantwortung gerecht. Um ein verlässlicher Partner zu sein, wollen wir uns klare Ziele setzen,
70 aber auch ganz klare Grenzen. Wir setzen auf Pragmatismus statt auf Ideologie. Wir wollen
71 konkrete Probleme lösen, die Lebensverhältnisse in unserem Land verbessern und keine
72 Scheindebatten führen.

73 Für uns ist die deutsche Einheit eine der größten Errungenschaften der deutschen Geschichte.
74 Nur geeint ist Deutschland stark. Trotzdem sehen wir die unterschiedlichen
75 Lebensverhältnisse in Ost und West und auch die damit einhergehende Unzufriedenheit in
76 den ostdeutschen Bundesländern. Unser Ziel ist es, in allen Bundesländern unter Erhaltung
77 der lokalen Kultur und regionalen Identität die gleichen Lebensstandards zu ermöglichen. Die
78 Verbrechen, die in der Deutschen Demokratischen Republik geschehen sind, verurteilen wir
79 aufs Schärfste. Die DDR war ein Unrechtsstaat; solches Unrecht und solche Verbrechen dürfen
80 sich in Deutschland nie wiederholen.

81 **Gesellschaftlicher Zusammenhalt aus der Mitte der Gesellschaft:**

82 Die Stärke Deutschlands ist unser gesellschaftlicher Zusammenhalt. Diesen Zusammenhalt gilt
83 es – gerade in schwierigen Zeiten – zu erhalten und durch ein verpflichtendes
84 Gesellschaftsjahr zu stärken. Wir wollen solidarisch, respektvoll und wertschätzend
85 zusammenleben.

86 Das Fundament unserer Gesellschaft sind die Familie und die Ehe als das verlässlichste soziale
87 Netz, in dem Menschen solidarisch füreinander Verantwortung übernehmen. Wir sind daher
88 davon überzeugt, dass das Zusammenleben des Menschen mit seiner Familie einen
89 besonderen Schutz und Förderung durch den Staat verdient. Der Begriff Ehe beinhaltet
90 basierend auf unserem christlichen Menschenbild nur freiwillig gewählte Verbindungen
91 zwischen zwei Menschen, gleich welchen Geschlechts.

92 Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns eine unabdingbare Aufgabe der
93 gesamten Gesellschaft. Leistungen sind unabhängig vom Geschlecht gleichermaßen
94 anzuerkennen sowie zu vergüten und auf beiden Seiten bestehenden Nachteilen
95 entgegenzuwirken. Dies gilt gleichermaßen in der Politik, der Wirtschaft und allen anderen
96 gesellschaftlichen Bereichen. Für uns stehen persönliche Qualitäten und Leistungen im
97 Vordergrund. Das Geschlecht ist dabei für uns irrelevant.

98 Das Ehrenamt ist das bindende Glied in unserer Zivilgesellschaft und verdient Anerkennung in
99 all seinen Facetten. Wir setzen uns für die öffentliche Unterstützung und den besonderen
100 Schutz von Personen ein, die sich um das Gemeinwohl ehrenamtlich verdient machen. Gerade
101 Breitensport, inklusive E-Sport, kommt eine wichtige Funktion im täglichen Zusammenleben
102 aller Menschen, der Attraktivität einer Gemeinde, der Kultur und dem Erhalt der Gesundheit
103 zu. Diesen Ehrenamtlichen fühlen wir uns besonders verpflichtet. Deshalb werden wir uns für
104 den Erhalt zukunftsorientierter rechtlicher Rahmenbedingungen sowie einer leistungsfähigen
105 Infrastruktur einsetzen.

106 Wir teilen den zentralen Gedanken des christlichen Menschenbildes, dass jedes Leben
107 wertvoll ist, und sehen jeden Menschen, ungeachtet etwaiger Behinderungen, als einen
108 wichtigen Teil der Gesellschaft an. Um eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit
109 Beeinträchtigungen und Behinderungen zu gewährleisten, sind bestehende Barrieren
110 beseitigen und ein integratives, gleichberechtigtes Leben, Lernen und Arbeiten von
111 behinderten Menschen zu ermöglichen. Inklusion beginnt bereits in der Kindertagesstätte und
112 muss auch über den Schulabschluss hinaus gewahrt werden. Nichtsdestotrotz muss auch den
113 individuellen Bedürfnissen des Einzelnen durch die größtmögliche Wahlfreiheit für Betroffene
114 Rechnung getragen werden. Wir setzen uns daher für die Erhaltung und den Ausbau von
115 Förderzentren sowie Inklusionsklassen an allgemeinbildenden Schulen ein. Die Zukunft der
116 Menschen darf nicht unter ideologische Räder geraten.

117 Schleswig-Holstein kennzeichnet sich durch einen weiten ländlichen Raum mit einigen
118 Ballungszentren, aber auch vielen kleinstrukturierten Dörfern. Der ländliche Raum darf nicht
119 in der Entwicklung und Erhaltung wichtiger Infrastrukturen vergessen werden. Wir setzen uns
120 daher für die Entwicklung und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur dieser Regionen ein,
121 damit der Abwanderung in die Städte und dem Leerstand im ländlichen Raum
122 entgegengewirkt werden kann.

123 Für uns ist eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in der Stadt und auf dem Land
124 essenziell. Zudem gilt Prävention vor ärztlicher Behandlung und ambulante vor stationärer
125 Versorgung. Die Einhaltung menschenwürdiger Bedingungen ist uns ein besonderes Anliegen.
126 Um diese zu gewährleisten, gilt es den Mitarbeitern des Gesundheitswesens dauerhaft den
127 Rücken zu stärken. Weiterhin ist jedem Bundesbürger ein Krankenversicherungsschutz zu
128 ermöglichen. Um der menschlichen Würde gerecht zu werden, ist eine
129 verantwortungsbewusste Auseinandersetzung mit dem Schutz von ungeborenem Leben,
130 Sterbehilfe und Organspende zu gewährleisten. Deshalb sprechen wir uns für eine
131 verpflichtende Entscheidungslösung bei der Organspende aus.

132 Wir bekennen uns zum Sozialstaatsprinzip. Grundlage bilden die Fürsorge-, Vorsorge- und
133 Versicherungsleistungen. Wir setzen uns zum Ziel, das Sozialsystem anhand der
134 Herausforderungen des demographischen Wandels in Hinblick auf Generationengerechtigkeit
135 aktiv mitzugestalten. Vor dem Hintergrund der Chancengerechtigkeit lehnen wir ein
136 bedingungsloses Grundeinkommen ab. Die Grundsicherung von Erwerbslosen bedarf einer
137 leistungsorientierten Reform, die sich individuell an den Bedürfnissen der Leistungsbezieher
138 orientiert. Kinder als Leistungsempfänger sind im Sinne der Teilhabe besonders ideell und
139 finanziell zu fördern und vor jeglichen unangemessenen Zwängen zu schützen.

140 **Arbeitswelt im Wandel**

141 Die Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Wandel. Zunehmende Flexibilität sowie neue
142 Kompetenzen werden gefragt und der Einsatz künstlicher Intelligenz wird noch nicht vollends
143 absehbare Veränderungen mit sich bringen. Auch dem zunehmenden Anspruch an
144 Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen wir gerecht werden.

145 Für uns gilt die Maxime „Fördern und Fordern“, und zwar ein Leben lang. Nur durch gute
146 Weiterbildungs- und Umschulungsangebote können wir auf die zunehmende Dynamisierung
147 und Digitalisierung der Arbeitswelt reagieren. Eine Flexibilisierung lässt sich dabei
148 insbesondere vor dem Hintergrund von Arbeitszeiten und Arbeitsräumen erreichen. Um
149 Deutschlands und Schleswig-Holsteins Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen, ist
150 es notwendig, auch Lohnnebenkosten und weitere Anforderungen an Arbeitgeber kritisch zu
151 beleuchten. Auftretende Belastungen gilt es dabei fair zwischen Arbeitnehmern und
152 Arbeitgebern aufzuteilen.

153 **Bildungsgerechtigkeit als Chancengerechtigkeit**

154 Wir stehen dafür ein, jedem Menschen in unserem Land einen guten Zugang zu Bildung zu
155 ermöglichen, damit jeder sich selbst verwirklichen und seine gewährleistete Freiheit
156 vernünftig ausüben kann. Dies erfordert eine zeitgemäße Ausstattung der
157 Bildungseinrichtungen. Eine gute Bildung, die sich ausschließlich am Grundgesetz orientiert
158 und frei von Ideologie ist, sichert den Erfolg unseres Landes und bietet den Menschen in
159 unserem Land Wohlstand, Freiheit und Sicherheit.

160 Der kooperative Bildungsföderalismus ist zu erhalten. Er ermöglicht Innovation, indem er
161 verschiedene Herangehensweisen zulässt, von denen sich die Beste durchsetzt. Darüber
162 hinaus ermöglicht er, auf die unterschiedlichen kulturellen Bedingungen in verschiedenen
163 Regionen einzugehen. Trotzdem müssen zwingend ein Austausch, gemeinsame
164 Mindeststandards und Durchlässigkeit zwischen den Ländern gewährleistet sein. Unser Ziel ist
165 es, das Bildungsniveau bundesweit zu erhöhen.

166 Wir bekennen uns zu den Rechten und Pflichten der Eltern, als erste Instanz zwischen
167 Kindertagesstätten und heimischer Erziehung zu wählen. Jedoch ist auch die frühkindliche
168 Bildung außerhalb der Familie entscheidend für alle, damit Sozialkompetenzen unabhängig
169 vom familiären Hintergrund erlernt werden können. Hierzu muss das frühkindliche
170 Bildungssystem weiter ausgebaut und attraktiv für Eltern und Kindern gestaltet werden.

171 Wir bekennen uns zu einem mehrgliedrigen und differenzierenden Schulsystem, das sich den
172 unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Schüler anpasst. Statt einer Einheitsschule
173 werden die individuellen Bedürfnisse der Schüler frühzeitig identifiziert und gezielt
174 weiterentwickelt. Hierbei wird die notwendige Mindestausstattung mit Lehrkräften
175 geschaffen sowie die Durchlässigkeit zwischen den Schularten unbürokratisch gewährleistet.
176 Die Abschaffung der Noten lehnen wir strikt ab. Um dem Leistungsprinzip Ausdruck zu
177 verleihen, braucht es eine für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern eine klare und
178 transparente Bewertung der schulischen Leistungen. Dies erachten wir insbesondere
179 hinsichtlich der Vorbereitung auf das Studium und die Arbeitswelt, wo ein ausgeprägter
180 Leistungsgedanke vorherrscht, für besonders wichtig. Um dem Lehrermangel
181 entgegenzuwirken, muss der Schuldienst attraktiv gestaltet, die Verbeamtung des
182 Lehrkörpers beibehalten und gleichzeitig der Quer- und Seiteneinstieg unter Wahrung von
183 Qualitätsstandards ermöglicht werden.

184 Sich sicher in der digitalen Welt zu bewegen sowie Grundkenntnisse der Informatik gehören
185 heutzutage zu den wesentlichen Fähigkeiten, die in der Schule vermittelt werden müssen.
186 Dazu muss die digitale Bildung fächerübergreifend ausgebaut werden. Zur digitalen Bildung
187 gehört ebenso die nötige Digitalprävention an den Schulen sowie die Vermittlung, dass das
188 Internet kein rechtsfreier Raum ist. Nur wer digitale Quellen einordnen kann, weiß auch, wie
189 Nachrichten und Informationen zu bewerten sind.

190 Uns liegt die politische, historische und demokratische Bildung besonders am Herzen. Diese
191 muss zentraler Bestandteil von Bildung sein, um Extremismus vorzubeugen und unsere
192 freiheitlich demokratischen Grundwerte zu vermitteln sowie eine pluralistische Gesellschaft
193 zu erhalten. Außerdem müssen junge Menschen in verschiedensten Formen an Politik
194 partizipieren können.

195 Innovation und ein hohes Bildungsniveau sind zentrale Standortfaktoren in Deutschland und
196 Schleswig-Holstein. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, setzen wir uns für starke Hochschulen
197 ein. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Stärkung von zukunftssträchtigen, insbesondere
198 MINT Studiengängen, und der Forschung. Unser Ziel ist es, die gegebenen guten
199 Voraussetzungen Schleswig-Holsteins in Bereichen wie erneuerbare Energien,
200 Informationstechnologie, KI und Robotik optimal zu nutzen und Schleswig-Holstein zu der
201 europäischen Exzellenzregion in diesen Feldern zu machen. Um diese Innovationen nutzbar
202 zu machen, ist uns eine enge Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft wichtig,
203 wobei die Unabhängigkeit der Hochschulen stets gewahrt werden muss. Die Zusammenarbeit
204 umfasst auch die militärische Forschung. Zivilklauseln lehnen wir ab.

205 Wir legen großen Wert auf einen gerechten Zugang zur Hochschulbildung, der von der
206 Leistung des Einzelnen abhängt, daher setzen wir uns für das elternunabhängige BAföG ein.

207 Ebenso ist die berufliche Bildung eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Das deutsche
208 System der dualen Ausbildung ist ein einzigartiges Erfolgsmodell, welches ein Grundstein
209 unseres Wohlstandes ist. Wir setzen uns für die Erhaltung und Stärkung dieses Modells ein,
210 um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und jungen Menschen weiterhin zu
211 ermöglichen, ihre Potentiale zu entfalten. Wir stehen zum Konzept des lebenslangen Lernens
212 und setzen uns dafür ein, dass die Erwachsenenbildung ausgebaut und vertieft wird.

213 Insbesondere Ausbildungen im Handwerk sowie dem Gesundheitswesen verdienen unsere
214 besondere Aufmerksamkeit. Darüber hinaus setzen wir uns für das Konzept des dualen

215 Studiums ein, um die Möglichkeit des gleichzeitigen Abschlusses einer beruflichen Ausbildung
216 und eines Studiums zu fördern und somit das praxisnahe Studium und die Fachkräftebildung
217 in Deutschland zu stärken.

218 **Kultur leben**

219 Kultur ist kein Randthema, sondern für den Dreiklang „Kopf-Seele-Geist“ unersetzbar und Teil
220 von Heimatbewusstsein. Kultur betont das Wir, nicht das Ich – und bedarf besonderer
221 staatlicher, institutioneller Förderung auf allen Ebenen. Die Förderung und Bewahrung von
222 Kultureinrichtungen, insbesondere im ländlichen Raum, sind unabdingbar.

223 Mit dem Kirchen-Staatsvertrag wurde das Grundverhältnis von Staat und Kirchen- und
224 Religionsgemeinschaften nachhaltig geklärt. Wir bekennen uns zur grundsätzlichen Trennung
225 von Staat und Kirche, erkennen aber ebenso auch die besonderen Selbstverwaltungsrechte
226 der Kirchen an. Sie haben eine enorme soziale, kulturelle und damit gesamtgesellschaftliche
227 Bedeutung. Wir fühlen uns den Institutionen der Kirche verbunden und unterstützen diese in
228 ihren karitativen und kulturellen Betätigungen. Um Glauben zusätzlich zu

229 Wir bekennen uns zur kulturellen und ethnischen Vielfalt und sprechen uns für die
230 Unterstützung der Minderheiten aus. Vor allem das kulturelle Erbe, die Sprache sowie Sitten
231 und Bräuche müssen weiterhin gepflegt und an die kommenden Generationen weitergegeben
232 werden. Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Minderheiten in Schleswig-Holstein. Die
233 Sprachenvielfalt Schleswig-Holsteins spiegelt sich im Plattdeutschen, dem Friesischen,
234 Sønderjysk, Romanes und seinen Dialekten sowie dem Dänischen wider. Sie ist für uns
235 einzigartig und unterstützenswert. Im gleichen Zug setzen wir uns auch für die kulturelle und
236 sprachliche Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark ein.

237 In der Wahrung, aber auch der Vermittlung unserer Kultur spielt der öffentliche-rechtliche
238 Rundfunk eine besonders große Rolle. Aus dessen Grundversorgungsauftrag ist ein Anspruch
239 der Bürger auf umfassende, objektive und qualitative hochwertige Wissensvermittlung
240 abzuleiten. Dabei muss stets die Qualität der Medienbeiträge bzw. Sendungen gewährleistet
241 sein. Um nachhaltige Akzeptanz in breiten Teilen der Bevölkerung zu erzielen, bedarf es einer
242 transparenten, kritischen Betrachtung der Mittelverwendung durch Rundfunkanstalten sowie
243 im Generellen eine Reformierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eine
244 zielgruppenorientierte Berichterstattung auf Augenhöhe. Wir setzen uns dafür ein, dass

245 Auszubildende, Schüler, Studenten und Freiwilligendienstleistende vom Rundfunkbeitrag
246 befreit werden.

247 Das Urheber- und Leistungsschutzrecht ist auch im Internet zu gewährleisten. Daneben muss
248 aber auch die Freiheit von kreativen Communitys, insbesondere in den sozialen Netzwerken,
249 geschützt werden. Die Nutzung maschineller Datenverarbeitung zur Prüfung von
250 hochgeladenen Inhalten auf Urheberrechtsverletzungen (Uploadfilter u. ä.) lehnen wir ab, um
251 eine Marktmonopolisierung in diesem Bereich nicht weiter voranzutreiben.

252 **Mit der Zeit gehen – Digitalisierung leben**

253 Wir sehen für Deutschland große Chancen in der Digitalisierung, aber auch große
254 Herausforderungen, die wir gemeinsam meistern müssen. Wir wollen eine Vorreiterrolle in
255 der globalen Digitalisierung übernehmen, um auch unsere ethischen und politischen
256 Grundsätze in diese verwirklichen zu können.

257 Das Internet und seine ständige Verfügbarkeit gehören heute zu den Grundbedürfnissen der
258 Bevölkerung im privaten sowie im beruflichen Bereich. Daher muss die Sicherheit der
259 Versorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden. Wir setzen uns für einen
260 flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur und der Mobilfunknetze ein.

261 Daten sind ein hohes Gut. Werden Daten missbräuchlich verwendet, stellt dies einen Eingriff
262 in die Persönlichkeitsrechte dar. Daher sollten die Daten der Bürger sicher vor unbefugtem
263 Zugriff sein. Die Datenschutzgrundverordnung verfolgte das richtige Ziel, war allerdings
264 handwerklich ungenügend. Deshalb sollten die Hürden für mittelständische Unternehmen,
265 ehrenamtliche Organisationen und Vereine zur sicheren Speicherung und Nutzung der Daten
266 ihrer Mitglieder nicht zu hoch werden.

267 Die Polizei muss insbesondere durch entsprechende Kompetenzen dazu befähigt werden,
268 Straftaten im Internet effektiv aufzuklären. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist zwar
269 ein starker Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Bürger, die aber schwerste Straftaten
270 aufklären und verhindern kann. Dies ist ein notwendiges Mittel des Rechtsstaats, welches
271 unter engen Auflagen genutzt werden sollte.

272 Die Digitalisierung aller öffentlichen Verwaltungen muss zügig fortentwickelt werden. Dabei
273 soll der Austausch von Daten zwischen einzelnen Behörden über sichere und standardisierte
274 Schnittstellen erfolgen. Um das Potential von E-Government ausschöpfen zu können, müssen

275 alle Daten vertraulich behandelt werden. Ferner müssen der Rechtsverkehr digitalisiert und
276 die Gerichte zur digitalen Wahrnehmung ihrer Aufgaben befähigt werden. Eine verlässliche IT-
277 Infrastruktur insbesondere von staatlichen Stellen ist für unsere Bürger und Unternehmen
278 entscheidend, um der wachsenden Zahl an Cyberangriffen Herr zu werden. Hierzu muss die
279 sichere Verschlüsselung umgesetzt werden.

280 Damit die Wirtschaft von einer zunehmenden Digitalisierung profitieren kann, müssen die
281 Rahmenbedingungen passen. Dazu gehört, neben einer zuverlässigen digitalen Infrastruktur
282 auch das Know-How zur Nutzung voranzutreiben. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit
283 zwischen Digitalwirtschaft und Bildungseinrichtungen weiter ausbauen.

284 Die Bekämpfung von „Fake News“ muss unter Berücksichtigung der Meinungsfreiheit
285 konsequent durchgeführt werden. Netzwerkbetreiber sind in der Verantwortung,
286 offensichtlich falsche Meldungen in Kontext mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und
287 Quellen zu setzen.

288 Zur Sicherung der sozialen Medien als Raum für demokratischen und daher pluralistischen
289 Diskurs halten wir die intransparente Verteilung von Verifizierungen von Accounts in den
290 sozialen Medien für bedenklich. Es ist zu verhindern, dass die Betreiber der Dienste nach
291 eigenen Kriterien entscheiden können, welche Meinungsäußerungen gelöscht werden.
292 Intransparente Algorithmen zur Auswahl von angezeigten Inhalten in sozialen Medien können
293 die Demokratie gefährden.

294 Künstliche Intelligenz im Bereich des unbeaufsichtigten Lernens der Systeme muss immer
295 unter Kontrolle von Menschen gehalten werden. Daher fordern wir, dass der Einsatz
296 künstlicher Intelligenzen in jedem Falle kenntlich gemacht werden muss, soweit dies nicht aus
297 den Umständen des genutzten Dienstes ersichtlich ist. Den Einsatz von künstlicher Intelligenz
298 bei der Entscheidungsfindung in der Rechtsprechung lehnen wir ab.

299 **Mit der sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft**

300 Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt und unser Land in den heutigen Wohlstand
301 geführt. Sie ist keinesfalls überholt, sondern befindet sich in einer ständigen
302 Weiterentwicklung. Sie führt den Leistungsgedanken des Wettbewerbs mit einem festen
303 Regelwerk und der gesellschaftlichen Solidarität zusammen. Dies bedeutet für uns, dass
304 Regelungen einen gesunden Wettbewerb ermöglichen und erhalten müssen, jedoch nicht

305 staatlich aufgedrückt sein dürfen. Systemansätze der Planwirtschaft und Steuerung der
306 Gesamtwirtschaft unter staatlich vorgegebenen Wertmaßstäben lehnen wir konsequent ab.
307 Dies bedeutet nicht, dass gerade im Bereich der Regelungen nicht auch klare Staatsaufgaben
308 insbesondere im Bereich der Versorgung und Infrastruktur gesehen werden, derer sich Bund,
309 Länder und Kommunen annehmen müssen.

310 In einer gezielten Wirtschaftsförderung sehen wir die Möglichkeit, den Wettbewerb zu
311 stärken und neue Standorte sowie Branchen zu erschließen. Dies umfasst nach unserer
312 Überzeugung jedoch nicht, Unternehmen oder gar ganze Branchen künstlich am Leben zu
313 erhalten. Gründergeist und Kleinstunternehmen müssen durch Anreize und geringe
314 Hemmschwellen unterstützt werden. Vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse
315 kann somit auch die Kluft zwischen Ballungszentren und deren Peripherie sowie
316 strukturschwachen Regionen verringert werden.

317 Der europäische Binnenmarkt ist eine der größten politischen Errungenschaften in der
318 Geschichte unseres Kontinents. Wir sind überzeugt davon, dass der wirtschaftliche Erfolg
319 unseres Landes entscheidend von dem Erhalt und der Intensivierung des innereuropäischen
320 Handels abhängt. Dies betrifft sowohl die Waren- und Verkehrsfreiheit als auch gemeinsame
321 Projekte mit einzelnen oder mehreren Mitgliedsstaaten. Wir verschreiben uns der
322 europäischen Integration und bekennen uns zum Binnenmarkt. Der internationalen
323 Zusammenarbeit kommt eine Schlüsselstellung in der globalen Wirtschaft zu. Zur Stärkung
324 unserer Position brauchen wir eine deutsche sowie europäische Wirtschaftsstrategie.

325 Der Mittelstand ist die tragende Säule unseres wirtschaftlichen Erfolges. Die einzigartige
326 Struktur von kleinen und mittelständischen Betrieben, auch denen in Familienbesitz, sorgt für
327 eine breite Innovationskraft und einen lebendigen Wettbewerb. Ohne den Mittelstand wäre
328 unsere Wirtschaft wesentlich krisenanfälliger und weniger innovativ. Daher rückt der
329 Mittelstand in den Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Die Belastung durch Abgaben und
330 bürokratische Verfahren ist bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und langfristig
331 zu reduzieren. Die Wettbewerbsfähigkeit können wir künftig nur erhalten, indem wir eben
332 jene Belastungen abbauen und Innovationsgeist sowie die Bereitschaft zum Risiko
333 unterstützen. Das ist unser Anspruch an eine mittelstandsfreundliche Politik.

334 Wir stehen unabdingbar zur grundgesetzlichen Gewährleistung des Eigentums. Wir wollen
335 explizit die Vermögensbildung der breiten Bevölkerung fördern und hierzu maßvolle

336 Steuersenkungen ermöglichen. Diese sollen der gezielten Leistungsförderung dienen und der
337 kalten Progression entgegenwirken. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass Eigentum auch im
338 selben Zuge verpflichtet. Wer Eigentum besitzt und schafft, darf durch dieses allerdings nicht
339 systematisch benachteiligt werden.

340 Der verantwortungsbewusste und mündige Verbraucher ist die Säule unserer sozialen
341 Marktwirtschaft und die staatlichen Eingriffe sollten auf ein Minimum begrenzt werden.
342 Allerdings sollte ein staatliches Eingreifen dort, wo dem Verbraucher ein Nachteil entstehen
343 kann, stattfinden. Daher wollen wir besonders im Bereich Ernährung sowie versteckter Kosten
344 oder Abofallen im Vertragsrecht die immer mehr schwindende Nachvollziehbarkeit und
345 Transparenz verbessern.

346 **Moderne Infrastruktur als Standortfaktor**

347 Eine starke Infrastruktur ist für uns die Grundlage wirtschaftlichen Wohlstandes. Zum einen
348 muss sie gut ausgebaut und belastbar sein, zum anderen muss der Staat Sicherheit geben und
349 die Hoheit hierüber halten. Für uns haben Schienen, Straßen, Leitungen und Wasserwege eine
350 vorrangige Versorgungsfunktion für die Bevölkerung. Daher muss sich die Staatshoheit in allen
351 Formen und Möglichkeiten der Betätigung wiederfinden. Auch für Investitionen in neue Wege
352 in der Infrastruktur sind wir offen. Verbesserungen, Innovationen und der Wandel der
353 Infrastruktur müssen eine klare Priorität haben. Für uns ist der Individualverkehr kein
354 Auslaufmodell, sondern weiterhin Grundlage und Bindeglied für gleichwertige
355 Lebensverhältnisse. Daneben steht der Öffentliche Nah- und Fernverkehr auf allen Wegen,
356 der weder vor- noch nachrangig betrachtet werden kann. Den Ausbau der
357 Radverkehrsinfrastruktur in Stadt und auf dem Land streben wir an. Es braucht eine
358 umfassende, ganzheitliche Perspektive für alle Arten von Mobilität.

359 In einer Demokratie sind transparente Prozesse erforderlich. Das gilt auch für das
360 Planungsrecht. Trotz aller Transparenz muss das Planungsrecht effizient sein und eine
361 zeitnahe Umsetzung von Infrastrukturprojekten ermöglichen. Das ist der erste Schritt zu
362 einem effektiven und zukunftsgerichteten Infrastrukturausbau.

363 **Herzensangelegenheit - Generationengerechtigkeit**

364 Wir stehen insbesondere für eine generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik. Die
365 Grundlage dessen bildet eine konsequente Haushaltsdisziplin, die zum einen stetige

366 Ausgabenpositionen kritisch überprüft und zum anderen den Schuldenabbau forciert. Um dies
367 zu erreichen, sind die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse und eine
368 Sozialausgabenbremse unabdingbar. Investitions- und Umsetzungsquoten sind zu steigern.

369 Eine generationengerechte Rentenpolitik ist eine unserer Herzensangelegenheiten. Vor dem
370 Hintergrund des demographischen Wandels und damit einhergehend weiter steigenden
371 Ausgaben für die Rente ist eine Rentenreform zwingend notwendig. Dabei muss das
372 Renteneintrittsalter im Verhältnis zur gestiegenen Lebenserwartung kontinuierlich angepasst
373 werden. Insbesondere chancenorientierte langfristige Aktienrente muss zukünftig als
374 wesentlicher Bestandteil in unser bestehendes System integriert werden. Allerdings darf dies
375 keine Abkehr vom Lebensleistungsgedanken bedeuten.

376 **Generationenprojekt Energiewende – Schleswig-Holstein als Vorreiter**

377 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Dabei sind wir uns bewusst, dass diese
378 nicht über Nacht gelingen kann. Entscheidend ist, dass die Versorgung konstant sichergestellt
379 ist. Dieses kann nur gelingen, wenn wir uns für moderne Speichermethoden, intelligente
380 Netze und Weiterverarbeitung der Energie einsetzen. Für unser Land ergeben sich damit neue
381 Standortvorteile, die in den wirtschaftlichen Wettbewerb gebracht werden müssen. Wir
382 erkennen die Dringlichkeit, die Energieversorgung durch Veränderungsmaßnahmen um- und
383 sicherzustellen. Protektionismus und Blockadehaltung lehnen wir ab, verschließen aber
384 gleichzeitig auch nicht die Augen vor der Gesamtsituation auf dem europäischen Energiemarkt
385 und der weltweiten Technik. In diesem Zusammenhang ist auch besonders die
386 Wasserstofftechnologie hervorzuheben, bei der Deutschland eine Weltmarktführerschaft
387 anstreben sollte. Gerade durch die hier ansässigen Forschungseinrichtungen und
388 Wirtschaftsunternehmen kann Schleswig-Holstein bei diesem Vorhaben eine Vorreiterrolle
389 einnehmen.

390 **Die Bewahrung der Schöpfung – Natur, Klima und Umwelt für zukünftige Generationen** 391 **erhalten**

392 Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise in der Land- und Forstwirtschaft
393 und dem Umwelt- und Naturschutz, welche daraus resultiert. Dazu werden wir durch unser
394 christliches Weltbild verpflichtet, welches die Bewahrung der Schöpfung beinhaltet. Die
395 Artenvielfalt zu erhalten ist notwendig, damit auch zukünftige Generationen in gleicher Weise
396 in dieser Region leben können, wie es für bisherige Generationen möglich war.

397 Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren und vom Leben an und mit der Küste
398 geprägt. Der Küstenschutz ist elementar, um die Lebensräume zu erhalten. Zusätzlich muss
399 der Forstbestand ausgebaut werden um klimastabile Mischwälder zu erhalten und damit
400 einen positiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz zu leisten. Der zunehmenden
401 Versiegelung im urbanen Bereich wollen wir entgegenwirken. Ein gesteigerter Anteil grüner
402 Flächen und Vegetation in unseren Städten sowie die Renaturierung der heimischen Moore
403 unter Berücksichtigung der extensiven Nutzung durch die Landwirtschaft verbessern das Klima
404 und die Luftqualität und bieten Lebensraum für wichtige Arten.

405 Der Umwelt- und Klimaschutz stellt eine zentrale Aufgabe unserer Zeit dar. Dabei ist die
406 Einhaltung internationaler Abkommen wie des Pariser Klimaabkommens notwendig. Wir
407 bekennen uns zum 1,5 Grad-Ziel, sowie zur CO₂-Neutralität. Die Junge Union setzt in diesem
408 Bereich zur Bewältigung dieser Aufgabe auf die Innovationskraft und Eigenverantwortlichkeit
409 aller beteiligten Teile der Gesellschaft. Wir sind der Überzeugung, dass der Klimaschutz global
410 nur gelingen kann, wenn es lohnender ist klimaneutral zu handeln und zu produzieren als
411 klimaschädlich. Wir wollen durch Anreizsysteme und gezielte Förderung auf mehr Effizienz im
412 Klimaschutz hinwirken und lehnen eine rigorose Verbotspolitik ab. Dabei wollen wir
413 Wirtschaft und Gesellschaft zum bewussten Umgang mit den zur Verfügung stehenden
414 Ressourcen anhalten und deren Verbrauch reduzieren. Klimaschutzmaßnahmen müssen aus
415 unserer Sicht immer auf wissenschaftlichen Grundlagen basieren und auch in
416 Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Experten entwickelt und während ihrer
417 Durchführung von diesen begleitet werden. Dennoch setzen wir uns insgesamt für eine
418 deutliche Beschleunigung bei der Umsetzung wissenschaftlich fundierter, sinnvoller
419 Klimaschutzvorhaben ein.

420 **Zukunftsfähige Landwirtschaft erhalten**

421 Die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein hat eine besondere Rolle sowohl als Versorger und
422 Wirtschaftskraft als auch als Bewahrer und Gestalter des ländlichen Raumes. Deshalb stehen
423 wir an der Seite unserer Landwirte und werben für gesellschaftliche Akzeptanz und
424 Wertschätzung für diesen Berufsstand durch breite Aufklärung. Eine intakte Natur und ein
425 gesundes Klima sind Grundlage für eine funktionierende Landwirtschaft und die Erhaltung
426 unserer Lebensbedingungen in unserem Land.

427 Unsere Anforderungen an die Sicherheit, Qualität und die Produktionsbedingungen der
428 Lebensmittel in Deutschland genießen weltweit ein hohes Ansehen. Eine Abhängigkeit bei
429 Nahrungsmitteln von ausländischen Produzenten ist besonders in Krisenzeiten problematisch.
430 Wir setzen uns für maßvolle Auflagen in der Landwirtschaft ein, die weiterhin die regionale
431 Produktion hochwertiger Nahrungsmittel ermöglichen.

432 Für die nachhaltige Entwicklung der regionalen Landwirtschaft ist es wichtig ausgewogene
433 Rahmenbedingungen im Austausch mit unseren Landwirten zu setzen, damit den
434 vorhandenen, vorrangig familiengeführten Betrieben eine wirtschaftlich zukunftsfähige
435 Perspektive geboten wird. Die familiengeführte Betriebsform stellt durch die Verbundenheit
436 über Generationen hinweg zur eigenen Heimat die Grundlage für nachhaltiges Handeln dar.
437 Eine Entwicklung zu ausschließlich konzerngeführten Betrieben oder industrieller
438 Wertesicherung ohne diese Verbundenheit zum Grund und Boden wird entschieden
439 abgelehnt.

440 Zudem können mit grüner Gentechnik neue Probleme gelöst und Ernteauffälle vermieden
441 werden. Wir befürworten deren Einsatz unter strengen Regeln.

442 Wir stehen zum im Grundgesetz verankerten Tierschutz und dessen ethischen Grundsatz in
443 der Nutztierhaltung. Die Vorreiterstellung von Deutschland in diesem Bereich gilt es durch
444 stetige Unterstützung der Landwirte auszubauen. Trotzdem ist es uns besonders wichtig, der
445 Landwirtschaft eine Sicherung zu geben, dass sie nicht durch die Konkurrenz aus Ländern mit
446 deutlich geringeren Standards und damit verbundenen Kostenstrukturen nachhaltig ins
447 Ausland verlagert wird. Deshalb gilt es, weitere Tierschutzmaßnahmen zu vergüten und für
448 den Verbraucher zu kennzeichnen. Für die Landwirte ist zwecks Planungssicherheit eine klare
449 und transparente Zeitschiene bei der Einführung neuer Vorgaben und Auflagen entscheidend.
450 kennzeichnen.

451 **Starker Rechtsstaat als Grundlage der Freiheit**

452 Wir bekennen uns zur Freiheit und Eigenverantwortlichkeit aller Bürger. Verantwortung zu
453 tragen heißt aber auch, für die Verletzung von gemeinschaftlichen Werten zur Verantwortung
454 gezogen zu werden. Zur effektiven und effizienten Rechtspflege und -durchsetzung braucht es
455 eine bedarfsgerechte personelle und technische Ausstattung sowie eine stärkere Vernetzung
456 zwischen einzelnen Bundesländern und Partnerstaaten und ein Ausbau der Zusammenarbeit
457 auf europäischer Ebene. Besonders in Ermittlungsverfahren bedarf es rechtlicher Befugnisse,

458 die der rasanten digitalen Entwicklung der Gesellschaft und der Globalisierung angepasst sind.
459 Ebenso sind schnelle, rechtstaatliche Gerichtsverfahren zu gewährleisten.

460 Zu einem Rechtsstaat gehört ein menschenwürdiger Justizvollzug. Hier bekennen wir uns zur
461 Wahrung der Konventionen zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, des
462 Rechts auf Leben, des Verbots der Folter und der europäischen Strafvollzugsgrundsätze. Der
463 Resozialisierung soll im Strafvollzug stets eine außerordentliche Bedeutung beigemessen
464 werden.

465 Für uns ist die Arbeit der Blaulichtorganisationen unabdingbar für ein friedliches Miteinander
466 und den Schutz der Bürger. Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst, THW sowie Sicherheits- und
467 Ordnungsämter verteidigen unter Einsatz ihrer eigenen Unversehrtheit Leben, Gesundheit
468 und Eigentum von Menschen sowie unsere Freiheit. Hierfür gebührt ihnen ein besonderer
469 Respekt und die entsprechende Anerkennung. Wir verurteilen Angriffe jeglicher Art und
470 Generalverdächtigungen verurteilen wir. Insbesondere unsere Polizei darf kein Spielball für
471 ideologische Politik werden. Wir stehen zu ihr. Das bedeutet für uns auch, eine angemessene
472 Ausstattung zu gewährleisten. Unsere Polizei muss sowohl in der Fläche als auch in
473 besonderen Risikogebieten eine entsprechende personelle Präsenz zeigen.

474 Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung lehnt sowohl politischen als auch religiösen
475 und ideologischen Extremismus ab. Der Staat setzt sich durch Prävention besonders in
476 schulischen und jugendkulturellen Einrichtungen, Beobachtung und strafrechtliche
477 Verfolgung gegen extremistische Gesinnungen, Gruppierungen und Institutionen ein. Der
478 Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und der militärische Abschirmdienst sind
479 zum Schutz der Rechtsordnung in ihrer jetzigen Form zu erhalten.

480 Den Gefahren durch Drogenkonsum wollen wir durch eine konsequente Strafverfolgung und
481 eine Stärkung von Aufklärungs- und Präventionsarbeit, insbesondere für Jugendliche,
482 begegnen. Eine weitere Legalisierung von Drogen lehnen wir ab. Bei legalen Suchtmitteln
483 setzen wir uns für einen verantwortungsvollen Konsum, konsequenten Jugendschutz und
484 bessere Hilfsangebote ein.

485 **Integration als Voraussetzung zum Zusammenleben**

486 Gemäß unseres christlichen Menschenbildes erachten wir alle Menschen, unabhängig ihrer
487 Herkunft und Staatsangehörigkeit, als gleich schützenswert. Deshalb ist ausschließlich

488 verfolgten Menschen Asyl in unserem Land zu gewähren. Mit einem Ende des Fluchtgrundes
489 endet die Schutzpflicht des Gastlandes. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für ein
490 rechtsstaatliches europäisches Asylverfahren ein. Davon klar abzugrenzen ist eine an der
491 Qualifikation orientierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Diese benötigen wir dringend,
492 um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

493 **Unsere Kommunen stärken**

494 Die Kommunen sind die Wiege unserer Demokratie. Daher betrachten wir die
495 Kommunalpolitik gleichberechtigt neben der Europa-, Bundes- und Landesebene. Wir wollen
496 uns auf dieser Ebene für das Gemeinwohl aktiv und nachhaltig einsetzen. Daher stehen wir
497 zum Subsidiaritätsprinzip und setzen uns für die grundgesetzlich garantierte kommunale
498 Selbstverwaltung ein. Wir beobachten, dass mit der strukturellen Aufgabenüberlastung der
499 Kommunen eine strukturelle Unterfinanzierung einher geht. Deshalb ist es uns wichtig, dass
500 das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird, damit die Kommunen nicht weiter in eine
501 finanzielle Schieflage abrutschen, sondern Gestaltungsspielräume behalten.

502 Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Diese benötigen wir, um dem Fachkräftemangel
503 entgegenzuwirken. Gleichzeitig muss eine missbräuchliche Zuwanderung in die Sozialsysteme
504 und das damit verbundene Ausnutzen unserer Solidarität unterbunden werden.

505 Wir sind offen für neue kulturelle Einflüsse, die unsere Gesellschaft bereichern und
506 voranbringen. Jedoch sind wir nicht bereit, von den Prinzipien unserer freiheitlich-
507 demokratischen Grundordnung abzurücken, und erwarten von allen, die hier leben möchten,
508 diese zu respektieren und anzunehmen. Weiterhin bekennen wir uns zur Religionsfreiheit und
509 stehen besonders zur deutschen Verantwortung gegenüber dem Judentum. Wir erwarten von
510 allen Bürgern, diese Verantwortung mitzutragen.

511 Integration ist in der heutigen Gesellschaft von elementarer Bedeutung. KiTa und Schule
512 sollten auf dem Weg zu der erfolgreichen Integration junger Menschen mit
513 Migrationshintergrund eine Schlüsselrolle einnehmen. Um Integration ab dem ersten Tag zu
514 ermöglichen, ist durch den Staat und die Zivilgesellschaft ein Angebot zur Erlernung der
515 deutschen Sprache, eines Grundverständnisses unserer rechtlichen und kulturellen Normen
516 sowie zur beruflichen Qualifizierung zu gewährleisten, welches vom zu Integrierenden
517 wahrgenommen werden muss. Dabei lehnen wir die Zusammenarbeit mit aus dem Ausland
518 kontrollierten Institutionen strikt ab. Die Etablierung von Wertordnungen, die mit unseren

519 Gesetzen nicht vereinbar sind, sowie religiöse und kulturelle Selbstjustiz und Zwangsehen sind
520 zu unterbinden. Integration funktioniert nur mit der Gesellschaft, parallele
521 Gesellschaftsstrukturen müssen aufgebrochen und am Entstehen gehindert werden.

522 **Verteidigungs- und Sicherheitspolitik**

523 Die Bundeswehr schützt Deutschland vor Gefahren von außen. Sie übernimmt neben
524 verteidigungspolitischen Aufträgen auch immer öfter Aufgaben des Zivilschutzes. Hierzu muss
525 die Bundeswehr personell, materiell, finanziell und organisatorisch jederzeit so ausgestattet
526 sein, dass sie aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen kann. Deutschland
527 braucht eine langfristige und verantwortungsbewusste Rüstungspolitik. Das gelingt nur, wenn
528 der Bestand der Rüstungsindustrie in Deutschland und in Europa gesichert, ausgebaut und
529 kontrolliert werden kann.

530 Der Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit für die Werte unserer
531 Gesellschaft verdient unseren Respekt. Die Anerkennung von Soldaten, Reservisten und
532 Veteranen muss tagtäglich gelebt werden.

533 Internationale Verantwortung beinhaltet als ultima ratio auch den Einsatz militärischer Mittel
534 und die Entsendung von Soldaten. Eine Politik der Heraushaltung aufgrund unserer Geschichte
535 kann und darf daher nicht die Motivation deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. Die
536 Bundeswehr sichert internationale Bündnisverpflichtungen Deutschlands ab. Zu diesen
537 Verpflichtungen, die insbesondere gegenüber der NATO aber auch unseren europäischen
538 Partnern gelten, bekennen wir uns ausdrücklich und wollen diese möglichst schnell erfüllen.
539 Dazu gehört für uns die Einhaltung des 2% Ziels. NATO und die Europäische Union bleiben die
540 Stützpfeiler deutscher Sicherheitspolitik, denn die europäische Integration und die tiefe
541 transatlantische Freundschaft mit den Vereinigten Staaten bedingen einander auf allen
542 Ebenen internationaler Zusammenarbeit.

543 Ein geeintes und starkes Europa trägt außenpolitisch eine hohe Verantwortung und muss
544 deshalb auch militärisch eng verzahnt zusammenarbeiten. Darauf aufbauend ist das Projekt
545 einer europäischen Armee voranzutreiben. Darauf aufbauend sind die Projekte einer
546 europäischen Armee und einer stärkeren außenpolitischen Zusammenarbeit der EU-
547 Mitgliedsstaaten voranzutreiben. Eigene Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten sollen gleichzeitig
548 erhalten bleiben.

549 **Die Europäische Union als Basis für eine europäische Integration**

550 Wir sehen unsere Zukunft in der europäischen Integration. Für uns ist die Europäische Union
551 deshalb nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern vielmehr ein Zusammenschluss
552 europäischer Nationalstaaten, der auf gleichen Werten und Idealen beruht. Werte wie
553 Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie die Unabhängigkeit der Presse
554 und Justiz sind nicht verhandelbar – weder bei Verstößen durch Mitgliedsstaaten noch durch
555 Beitrittskandidaten.

556 Es ist unerlässlich, dass jede Region in der Europäische Union gehört wird, aber auch, dass es
557 möglich ist, Kompromisse zu finden und dabei für den Zusammenhalt in Europa das
558 Mehrheitsprinzip zur Sicherung unserer gemeinsamen europäischen Werte ressortbezogen
559 einzuführen. Nach Außen muss die Europäische Union sich ihrer Stärke bewusst werden und
560 mit vereinter Stimme sprechen.

561 Für uns bedeutet die Europäische Union, dass sich Menschen in Europa begegnen und
562 austauschen, dass innerhalb von Europa Grenzen nur in Ausnahmefällen kontrolliert werden
563 und dass wir angegliche Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten
564 schaffen, ohne dass ein Identitätsverlust der Nationalstaaten herbeigeführt wird.

565 Wir bekennen uns zu einer starken, einigen und föderalen Europäischen Union. Demokratie
566 stellt für uns das Herzstück dar und wird durch die verschiedenen Institutionen wie zum
567 Beispiel das Europäische Parlament repräsentiert. Das Demokratiedefizit in der Europäischen
568 Union, sowie parlamentarische und institutionelle Defizite, insbesondere bei der
569 Sitzverteilung im Europäischen Parlament und das fehlende Initiativrecht des europäischen
570 Parlaments, müssen beseitigt werden.

571 Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Währung und einer engen Zusammenarbeit
572 innerhalb der Eurozone. Die Vergemeinschaftung von Staatsschulden oder Parallelstrukturen
573 der Eurozone lehnen wir hingegen ab.

574 **Enge Zusammenarbeit auf bi- und multilateraler Ebene**

575 Nicht nur die Europäische Union bildet die Grundlage unserer internationalen
576 Zusammenarbeit. Es ist die Vielzahl an bi- und multilateralen Bündnissen, die unser Handeln
577 und Auftreten auf der internationalen Bühne bestimmt. Bei internationalen Beziehungen
578 dürfen unsere Werte und Standards nicht verloren gehen.

579 Für uns besitzen die Vereinten Nationen (UN) als weltweite Organisationen einen hohen
580 Stellenwert. Die UN bilden für uns die Basis gemeinsamer Sicherheitspolitik vor allem durch
581 die Institution des UN-Sicherheitsrates. Wir sprechen uns aber auch für eine grundsätzliche
582 Reformierung des UN-Sicherheitsrates aus. Dazu gehören unter anderem eine Aktualisierung
583 und Flexibilisierung der Sitz- und Stimmverteilung. Neben den UN halten wir es für essentiell,
584 unser Engagement in weiteren multilateralen Bündnissen, insbesondere im Ostseeraum,
585 sowie deren Kompetenzen zu stärken.

586 Aber auch bilaterale Abkommen sind für uns essentielle Instrumente der Außenpolitik. Als
587 einer der wichtigsten Partner sind für uns die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zu
588 nennen. Mit den USA teilen wir nicht nur eine historische Verbindung sowie einen ähnlichen
589 Wertekanon, sondern auch enge wirtschaftliche Beziehungen. Diese transatlantische
590 Freundschaft gilt es zu wahren und zu vertiefen, da sie unser Fundament außereuropäischer
591 Zusammenarbeit bildet. Eine erfolgreiche Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Europa
592 und den USA ist aus unserer Sicht anzustreben.

593 Als nach mehr Einfluss strebende und wirtschaftlich stark wachsende Nation ist die
594 Volksrepublik China ein besorgniserregender neuer Faktor. Schleswig-Holstein, Deutschland
595 und die Europäische Union müssen ihren Blick auf die Volksrepublik China grundsätzlich
596 hinterfragen. Dabei ist für uns die Wahrung von Menschenrechten, die Erhaltung von
597 Sicherheitsstandards und die Gleichbehandlung von Unternehmen unabdingbar. Die
598 Partnerschaften zu anderen asiatischen Staaten gilt es zu stärken und unabhängig von China
599 zu agieren.

600 Die deutsche Unterstützung des demokratischen Staates Israels erwächst aus historischer
601 Verantwortung. Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Teil
602 der deutschen Staatsraison und Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Auch deshalb muss
603 Deutschland West-Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen. Deutschland steht ein für das
604 Existenzrecht des Staates Israel. Es ist unabdingbar, Israel als Demokratie zu unterstützen und
605 zu schützen. Auch aus diesem Grund fördert Deutschland als aktiver Partner in der
606 Europäischen Union die Friedensbemühungen im Nahen Osten unter Beachtung der
607 besonderen Stellung Israels in der Welt. In den Vereinten Nationen muss sich Deutschland
608 deshalb stark für einen fairen Umgang mit dem demokratischen Staat Israel einsetzen.

609 **Entwicklungshilfe als Partnerschaft**

610 Wir interpretieren unsere Aufgabe in der Entwicklungshilfe weder als Bevormundung noch als
611 Durchsetzen unserer Lebensart treten aber dennoch für die Wahrung universeller
612 Menschenrechte auf der ganzen Welt ein. Bei Entwicklungshilfe geht es vielmehr darum,
613 anderen Staaten Mittel und Wege zur Selbsthilfe zugänglich zu machen. Die Ziele sind eine
614 Chance auf ein menschenwürdiges Leben, die Bekämpfung von Hunger, Krankheit und
615 Analphabetismus. Das bedeutet auch, dass wir als Industrieland unsere wirtschaftlichen
616 Interessen ggf. außer Acht lassen und unseren Einfluss nicht missbrauchen. Die Existenz
617 sozialer und ökologischer Missstände gilt es zu beseitigen und trotzdem die Kultur und
618 Geschichte des Partnerlandes zu wahren. Für uns sind Länder, die Unterstützung bei ihrer
619 Entwicklung benötigen, gleichwertige Partner. Für deren Eigenständigkeit und
620 Selbstbestimmung wollen wir uns auch in der Weltgemeinschaft stark machen.